

Landtagswahl Thüringen 2014



Wahlprüfsteine (Zusammenfassung)

Zusammengestellt von:



Lesben- und Schwulenverband

und



VIELFALT LEBEN
QUEERWEG
VEREIN FÜR JENA & UMGEBUNG E.V.

Inhalt

Inhalt.....	2
Einführung.....	2
unsere Fragen zur Landtagswahl 2014.....	3
Bündnis 90 / Die Grünen.....	7
Die Linke.....	9
SPD.....	10
CDU.....	11
FDP.....	13
PIRATEN.....	14
KPD.....	16

Einführung

Anlässlich der Thüringer Landtagswahlen haben wir erneut zahlreiche Parteien nach Ihren Standpunkten hinsichtlich verschiedener queerer Themen befragt. Dabei haben wir jeweils die 3 Landeslistenersten angeschrieben. Angeschrieben wurden CDU, LINKE, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FREIE WÄHLER, KPD, DIE PARTEI, PIRATEN.

Wie bei den vorhergehenden Wahlprüfsteinen, beinhaltet diese Broschüre eine Zusammenfassung der einzelnen Antworten und dient einem ersten Überblick. Die einzelnen Antwortschreiben haben wir im Volltext unter www.QueerWeg.de (→ Projekt → Wahlprüfsteine) sowie www.LSVD-Thueringen.de veröffentlicht. Bei den in dieser Broschüre kursiv gedruckten Abschnitte handelt es sich um Zitate aus den jeweiligen Antwortschreiben. Auf unsere Anfragen nicht reagiert haben AfD, FREIE WÄHLER und DIE PARTEI.

unsere Fragen zur Landtagswahl 2014

1. Fragen zum Bildungsbereich

Insbesondere im Schul- und Bildungsbereich herrschen noch immer große Vorbehalte gegenüber LSBTI-Themen. Hier gibt es Hemmungen, offen über diese Themen zu sprechen. Es gibt Berührungspunkte mit Betroffenen und auch mit den Themen selbst, sowohl beim pädagogischen Fachpersonal als auch bei den SchülerInnen. Es fehlt an Aufklärungsarbeit und Material, an Schulprojekten und Anlaufstellen für LehrerInnen und SchülerInnen. Insbesondere das Thema Mobbing bei LSBTI-Jugendlichen verlangt gut geschultes Fachpersonal. Aber auch die Vermittlung und der selbstverständliche Umgang mit der Vielfalt von Lebensformen und der Respekt vor einer Identitätsentwicklung jenseits von heteronormativen Gesellschafts- und Familienbildern verlangt gut geschulte LehrerInnen und eine Verankerung solcher Themen in Lehrplänen.

Welche Maßnahmen zur Förderung von LSBTI-Themen in Schulen planen Sie? Welche Anlaufstellen stehen betroffenen LehrerInnen und SchülerInnen zur Verfügung? Wie sorgen Sie für eine gute Schulung des Lehrpersonals? Wie gedenken Sie LSBTI-SchülerInnen selbstverständlich in Schulen zu unterrichten ohne dass diese ihre Identität verheimlichen müssen? Welche Schulprojekte oder Aktionspläne sind geplant?

2. Fragen zum Thema Antidiskriminierung

Homophobie und Transphobie sind nach wie vor weit verbreitete Phänomene. Trotz der fortschreitenden Gleichstellung und Betonung von Toleranz kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen, Beschimpfungen oder stillschweigenden Ausgrenzungen. Aktionspläne gegen Diskriminierung, Gewalt und für Akzeptanz und Toleranz tragen für ein Klima des Respekts und der Aufklärung bei. Wir brauchen auch in Thüringen einen Aktionsplan zur Förderung der Akzeptanz der Vielfalt von LSBTI und Präventionsprojekte, die insbesondere Gewalt gegen LSBTI thematisieren.

Setzen Sie sich für Aktionspläne für LSBTI ein? Welche Maßnahmen zur Minderung der Homophobie setzen Sie um bzw. unterstützen Sie? Welche finanzielle, personelle und organisatorische Ausstattung hat die Antidiskriminierungsstelle bezüglich LSBTI-Themen?

3. Fragen zum Stand der Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften in den Thüringer Gesetzen

Es gibt zahlreiche Unklarheiten bei den Regelungen zu eingetragenen Lebenspartnerschaften. Dies betrifft viele Bereiche wie Renten- und Pensionsansprüche, Beihilfeansprüche, aber auch andere versicherungsrelevante Themen. Auch bei steuerrechtlichen Fragen herrscht viel Unklarheit über den Stand der rechtlichen Lage, aber auch in der Durchführung z.B. des Ehegattensplittings für eingetragene Lebenspartnerschaften. Hinzu kommen Fragen, wer die Lebenspartnerschaft schließen darf, ein Standesbeamter oder ein/e Beamte/r von der Landesverwaltung etc.

Werden Sie die eingetragenen Lebenspartnerschaften in allen betreffenden Bereichen des Landesrechtes gleichstellen? Gibt es ein "Buch der Familie" auch für eingetragene Lebenspartnerschaften? Können Lebenspartnerschaften in allen Standesämtern geschlossen werden? Gibt es in den Finanzämtern Möglichkeiten, z.B. das Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften zu vereinfachen? Sind die Formulare bereits auf dem Stand der eingetragenen Lebenspartnerschaft? Wie ist der Stand der Gleichstellung in den betreffenden Thüringer Gesetzen und welchen Handlungsbedarf sehen Sie?

4. Fragen zum Thema Adoption/Stiefkindadoption

Auch in Thüringen gründen sich zunehmend Regenbogenfamilien. So werden gleichgeschlechtliche Paare mittels Samenspende, aber auch Adoption bzw. Stiefkindadoption zu Familien. Bei den auftretenden rechtlichen Fragen und Unklarheiten gibt es Beratungsbedarf, jedoch kaum Anlaufsstellen. In den Jugendämtern müssen homosexuelle Menschen z.T. auf die geänderte Rechtslage selbst hinweisen, da diese den EntscheidungsträgerInnen (noch) nicht bekannt sind. Gleichzeitig müssen Kinder aus Regenbogenfamilien zahlreichen Vorurteilen begegnen, obwohl Studien wiederholt belegen, dass Kinder in Regenbogenfamilien gut und geborgen aufwachsen.

Wie können Rahmenbedingungen (Beratungsstellen, Durchführungsbestimmungen, Regelungen, Fortbildungsangebote u.ä.) geändert werden, um die Gründung von Regenbogenfamilien zu unterstützen? Welche weiteren Schritte müssen ergriffen werden, um Vorurteile gegenüber Regenbogenfamilien abzubauen?

5. Fragen zum Thema Ausschluss von der Blutspende

Laut dem Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof stellt der Ausschluss von homo- und bisexuellen Männern eine unzulässige indirekte Diskriminierung dar¹. Das Urteil hierzu wird in einigen Monaten erwartet. Im Beschluss des Thüringer Landtag (5/6951) vom 21.11.2013 wurde die Empfehlung für eine "...zeitlich befristete Rückstellung von der Blutspende von Menschen mit sexuellem Risikoverhalten..." begrüßt.

Stellt das Thüringer Abstimmungsergebnis vom 21.11.2013 in Ihren Augen eine pauschale Diskriminierung von homosexuellen oder bisexuellen Menschen dar? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie?

1 <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-07/cp140111de.pdf>

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Partei BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN sehen im **Bildungsbereich** noch viele Anstrengungen für notwendig. *„Thüringens Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständlichen Bestandteil der menschlichen Vielfalt vermitteln. [...] Es sollen Schulaufklärungsprojekte und Anti-Gewalt-Projekte initiiert und gefördert werden. Das weitere Vorgehen soll integraler Teil eines Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie sein, den wir gemeinsam mit den Verbänden und Interessensgruppen erstellen wollen und in dem konkrete Projekte und ihre entsprechende Förderung vereinbart werden sollen.“* In der vergangenen Legislaturperiode hat BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN bereits *„den Antrag 'Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Thüringer Bildungswesen' als parlamentarische Initiative in den Thüringer Landtag eingebracht.“* Weiterhin sieht BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte hinsichtlich dieser Thematik sowie die Darstellung von Geschlecht und sexueller Vielfalt in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien als wichtige Aufgabe an.

*„Wir GRÜNE unterstützen die Forderung nach einem Aktionsplan ausdrücklich. Für uns IST dabei wichtig, dass es sich genauso um einen Plan **für** LSBTI, für die Akzeptanz sexueller Vielfalt, wie auch **gegen** Homo- und Transphobie handelt.“* Außerdem plädieren die BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN für eine **Antidiskriminierungsstelle**, die eine qualifizierte und kontinuierliche Arbeit zu allen Formen der Diskriminierung sicherstellt.

Zur Frage der **Gleichstellung** von eingetragenen Lebenspartnerschaften „Der Ausschluss von Lesben und Schwulen von der Eheschließung stellt eine konkrete, aber auch eine symbolische Diskriminierung dar. Wir unterstützen ganz klar alle Schritte, die auf dem Weg der völligen Gleichstellung nötig sind, einschließlich der Angleichung aller Bereiche des Landesrechts in dieser Frage. [...] Es gibt zahlreiche Gesetze und untergeordnete Rechtsvorschriften in denen noch eine Anpassung erfolgen muss. Im Rahmen der Beratungen zum Beamtenrecht hat unsere Landtagsfraktion ein Artikelgesetz zur Überarbeitung weiterer Gesetze in Bezug auf die eingetragene Lebenspartnerschaft in den Landtag eingebracht. Die notwendigen Anpassungen im Landesrecht sind aus unserer Sicht so schnell wie möglich vorzunehmen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für das gemeinschaftliche **Adoptionsrecht** gleichgeschlechtlicher Partner. „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine bunte und offene Gesellschaft ein. Im Mittelpunkt einer grünen Familienpolitik steht das Kindeswohl, egal in welcher Familienform. Danach richten wir und unsere Landtagsfraktion unser politisches Handeln aus. Diskriminierungen von **Regenbogenfamilien** bei der Adoption, beim Abstammungsrecht und bei der künstlichen Befruchtung müssen endlich behoben werden. Dafür werden wir uns auf Landes- und Bundesebene einsetzen.“

„Aus bündnisgrüner Sicht sind Blutspenderauswahlkriterien nicht an die sexuelle Identität von Personen geknüpft, sondern risikobezogen zu definieren. Der Europäische Gerichtshof stärkt unsere Auffassung, dass der generelle Ausschluss von Homosexuellen von der Möglichkeit zur **Blutspende** eine Diskriminierung darstellt. Während jede heterosexuelle Frau und jeder heterosexuelle Mann grundsätzlich Blut spenden dürfen, werden Homosexuelle als Gruppe von vornherein vom Blutspenden ausgeschlossen. Diese Regelung ist ebenso überholt wie wirkungslos und muss geändert werden.“

Die Linke

Die LINKE treten im **Bildungsbereich** für eine Überarbeitung der Lehr- und Lernmaterialien ein. Vertrauenslehrer, der Schulpsychologische Dienst, die Schulsozialarbeit aber auch die Lehrkräfte sollen für LSBTI-Themen weiter sensibilisiert werden. *„Dafür müssen die Fortbildungsmaßnahmen für PädagogInnen weiter ausgebaut und die Schulsozialarbeit enger mit angebunden werden. Mehrere Bundesländer haben hier bereits Fortschritte gemacht, Thüringen darf da nicht stehen bleiben. So konnte z.B. in Berlin die Initiative „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ die Grundlage geschaffen werden, Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen wahrzunehmen, abzubauen und präventiv zu verhindern.“*

*„DIE LINKE hat sich während der gesamten Legislatur für die **Gleichstellung** eingetragener Lebenspartnerschaften eingesetzt. In Regierungsverantwortung werden wir dafür sorgen, dass es einheitliche rechtliche Standards in Thüringen gibt, die transparent und praktikabel für die Menschen sind. [...] Für DIE LINKE gilt grundsätzlich: auch gleichgeschlechtliche Paare sollen das volle Adoptionsrecht haben. Über die bereits bestehenden Möglichkeiten müssen die Jugendamtsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter besser informiert werden. Da sie letztendlich jedoch diejenigen sind und sein müssen, die entscheiden, welches Paar überhaupt ein Kind bekommt, muss auch hier noch Bewusstseinsarbeit im Hinblick auf **Regenbogenfamilien** geleistet werden.“*

Die LINKE spricht sich dafür aus, die Diskriminierung von homo- und bisexuellen Männern bei der **Blutspende** zu beenden.

SPD

Die SPD fokussiert im **Bildungsbereich** 1) eine Thematisierung im Unterricht, 2) fortlaufende Qualifizierung und 3) eine Thematisierung im Rahmen von Projekten und Projektwochen: *„Fragen der gesellschaftlichen Normierung von Geschlechterrollen und der Persönlichkeitsentwicklung überhaupt müssen in diesem Zusammenhang stärker betont werden. [...] Vertrauen zwischen Schülern und Lehrern ist hierfür eine essenzielle Voraussetzung. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass alle, die an Schulen arbeiten und die Schule gestalten, ein sensibles Gespür für Fragen der Sexualität und Geschlechterrollen entwickeln. Das gilt für Fachlehrer, Klassenlehrer und besonders ausgebildete Beratungslehrer. Eine hervorgehobene Rolle hat der Vertrauenslehrer; der Erhalt dieser wichtigen Struktur und die regelmäßige Schulung dieser Pädagogen müssen auch in Zukunft gesichert sein. Dies gilt nicht zuletzt auch für Schulsozialarbeiter [...]“*.

Die SPD plädiert für eine gesonderte Kriminalstatistik spezifisch zu homophober Gewalt. *"Die Erstellung einer solchen Statistik wäre ein erster Schritt, um Gegenstrategien gegen Gewalt gegen LSBTI zu entwickeln. Die Akzeptanz und Toleranz gegenüber Homosexualität, Transsexualität und Intersexualität hat in der Gesellschaft in den letzten Jahren zugenommen. Rückfälle in alte Ablehnungsmuster müssen vermieden werden. Da die **Antidiskriminierungsstelle** sich mit jeglicher Form von Diskriminierung befasst, ist es der SPD nicht möglich, den genauen Betrag, der für LSBTI-Themen verwendet wird, zu beziffern."*

In Fragen der **Gleichstellung** von Lebenspartnerschaften sieht die SPD Thüringen auf *„einem guten Weg. Wo erforderlich wird die SPD auch in Zukunft am Abbau von Benachteiligungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften arbeiten.“*

Die SPD tritt für eine Stärkung der rechtlichen Stellung in **Regebogenfamilien** ein. Sie begrüßt die Sukzessivadoption ausdrücklich und drängt auf eine schnelle Umsetzung des Urteils auf Landesebene.

Die SPD plädiert für zeitlich begrenzten Ausschluss von Menschen mit sexuellem Risikoverhalten von der Blutspende. *„Dies bezieht sich auch nicht allein auf homosexuelle Menschen, sondern auf Menschen mit häufig wechselnden Sexualkontakten, sowie Männer, die Sex mit Männern haben (MSM) haben. Für den Ausschluss ist zukünftig also das individuelle Risiko und nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (z.B. Homosexuelle) entscheidend. Die SPD sieht hier also keinen Diskriminierungstatbestand erfüllt. Es ist jedoch zu verstehen, dass homosexuelle Menschen sich zunächst durch die Regelung diskriminiert fühlen könnten.“*

CDU

Die CDU hält die bestehenden Ausbildungsinhalte sowie den **Bildungsplan** für ausreichend. *„Ein landesweit agierendes Projekt gegen Homo- und Transphobie, wird nicht für notwendig erachtet, da von vielen unterschiedlichen Akteuren bereits zahlreiche Maßnahmen angeboten werden. So gibt es beispielsweise regelmäßig Fortbildungsangebote für Lehrer zur Förderung von Toleranz und zur Prävention von Diskriminierung, Ausgrenzung und Mobbing.“*

Den seit 2013 benannten zentralen Ansprechpartner für das Thema **Antidiskriminierung** sowie die Unterzeichnung des Aufrufs „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ sind in Augen der CDU ausreichende Maßnahmen. *„Denn der Abbau von Vorurteilen und die Akzeptanz von Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur die Politik, sondern vor allem auch die Zivilgesellschaft in die Pflicht nimmt.“*

*„Die CDU Thüringen steht einer kompletten **Gleichstellung** eingetragener Lebenspartnerschaften gegenüber der klassischen Ehe skeptisch gegenüber. Dennoch können wir uns eine weitere Angleichung von Rechten, gerade im Bereich Steuern, vorstellen.“*

Die CDU möchte darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften beendet werden. *„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption muss schnell umgesetzt werden. [...] Beratungsstellen, in denen konkret die Gründung einer so genannten **Regenbogenfamilie** unterstützt wird, halten wir nicht für sinnvoll. Die rechtlichen Regelungen sind eindeutig und werden von den entsprechenden Ämtern und Behörden umgesetzt.“*

Die CDU hält die zeitliche Rückstellung von der **Blutspende** homosexueller Spender für richtig. *„Es darf nicht darum gehen, Diskriminierung durch die Inkaufnahme höherer Risiken für alle Patienten, die auf eine Blutspende angewiesen sind, abzubauen, sondern den Diskriminierungstatbestand soweit wie möglich abzubauen, ohne jedoch das Infektionsrisiko zu erhöhen.“*

FDP

Die FDP sieht bei der Lehrer**bildung** und vor allem der Lehrerweiterbildung noch Nachholbedarf: es sollten *„auch LSBTI-Themen im Studium wie auch im Vorbereitungsdienst angemessen Berücksichtigung finden.“* Die FDP sieht Thüringen durch ein gutes Netz von potentiellen Ansprechpartnern (wie schulpsychologischer Dienst, Vertrauenslehrern, außerschulische Beratungsangebote) versorgt. *„Diese bestehenden Strukturen wollen wir deshalb daraufhin überprüfen, inwieweit sie den Bedürfnissen auch in Bezug auf den Aspekt LSBTI gerecht werden.“*

In den Fragen zur **Antidiskriminierung** wirbt die FDP *„mit einer breiten toleranten liberalen Geisteshaltung. Für die Liberalen ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Homophobie und Transphobie, wie auch allen anderen Vorurteilen entgegenzuwirken. [...] Wir werden die Möglichkeit eines Aktionsplans prüfen.“* Die Stelle des Thüringer Beauftragten gegen Diskriminierung möchten die Liberalen, wie das gesamte Beauftragtenwesen aus den Ministeriums in eine *„Bürgerservice-Stelle“* als zentralen Ansprechpartner mit ausreichender finanzieller und personellen Ausstattung bündeln.

Die FDP spricht sich für eine **Gleichbehandlung** von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft aus. Ziel ist es, unübersichtliche Regelungen zu vereinfachen, den Bürokratieabbau voranzutreiben und somit Benachteiligungen abzuschaffen. *„Leider ist der Stand der Gleichstellung in den Thüringer Gesetzen und Verordnungen noch verbesserungswürdig. Es besteht ein großer Handlungsbedarf, um die tatsächliche Gleichstellung von der Institution Ehe und der eingetragener Lebenspartnerschaft zu erreichen. Ein Beispiel hierfür sind die zahlreiche Verordnungen, die an die eingetragenen Lebenspartnerschaften anzugleichen bzw. anzupassen sind.“*

Die FDP möchte allen Menschen ermöglichen, sich für Familie und damit die Verantwortung für Kinder zu entscheiden. Sie ist für eine Stärkung von **Regenbogenfamilien**.

*„Ein genereller Ausschluss von Homosexuellen von der **Blutspende** ist nicht gerechtfertigt. Es zeigt sich aber auch, dass fachliche Gründe vorhanden sind, generell Personen mit sexuellem Risikoverhalten (unabhängig von sexueller Orientierung) begrenzt von der Blutspende zurückzustellen, um durch gründlichere Untersuchungen belegen zu können, dass eine Blutspende als 'sicher' für den Patienten eingeschätzt werden kann.“*

PIRATEN

Die PIRATEN sind für den Einsatz von Lehrbüchern, in denen **Regenbogenfamilien** ganz selbstverständlich vorkommen. Sie fordern eine fachlich Fortbildung und die Berücksichtigung von queeren Themen schon während des Masterstudiums. Die PIRATEN sind aufgrund *„unserer programmatischen Aufstellung bestrebt, [...] Aktionspläne zu initiieren und zu unterstützen“*.

Aktionspläne wie der, der derzeit u.a. von den Queraten in Baden-Württemberg erarbeitet wird, sollen auch den Thüringer PIRATEN als Modell dienen.

Die Piraten Thüringen nehmen regelmäßig seit 2010 an den CSDs in Erfurt und Weimar teil und veranstalten dort gleichzeitig Informationsstände, um der Homophobie aktiv entgegenzusetzen. *„Die Initiative 'Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt 2.0' (ISV 2.0) ist ein 52 Punkte umfassender Aktionsplan zur Bekämpfung von 'Homophobie'.*“ Den in dieser Initiative umfassend aufgeführten Punkten und an Thüringen anzupassenden Positionen schließen sich die PIRATEN an.

Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft: „Eine Gleichstellung fand bisher lediglich im Bereich des Beamtenrechts statt, wonach Lebenspartner*Innen mit Ehepartner*Innen gleichgestellt werden. Eine Gleichstellung im restlichen Landesrecht steht bisher aus. Damit steht Thüringen hinter anderen Bundesländern zurück, die diesen Schritt bereits vollzogen haben. Die Piraten setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft.“

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften zusammen Kinder bekommen, **adoptieren** und aufziehen dürfen. Hier fordern sie sowohl die Einrichtung von Beratungsstellen, als auch eine bessere Schulung der Mitarbeiter in den Jugendämtern.

„Die Qualität von **Blutprodukten** muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von Personen mit einem nachgewiesenen Risikoprofil, wie ungeschütztem Geschlechtsverkehr bei häufig wechselnden Partnerschaften. Die Ausschlusskriterien müssen verständlich bleiben und dürfen nicht diskriminierend gegenüber homosexuellen oder bisexuellen Menschen sein. Seit mehreren Wochen rufen wir auf der Bundeswebseite der Piratenpartei Deutschland zur Unterstützung von <http://www.buntspenden.de/de/> auf.“

KPD

Aus zeitlichen Gründen konnte der Thüringer Landesverband der Kommunistische Partei Deutschlands nicht alle unsere Fragen beantworten. Dennoch teilte sie uns ihren Grundsatz mit: *„Wir sehen die Sexuelle Ausrichtung als reine Privatsache eines jeden an, solange es nicht Minderjährige betrifft oder gegen den Willen eines Beteiligten gerichtet ist. Außerdem darf es auch keine Diskriminierung aus diesem Grund geben. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.“*

SPENDENAUFTRUF!

Sie möchten unseren Einsatz unterstützen?
Bitte spenden Sie an dem

LSVD Thüringen e.V.
(www.lsvd-thueringen.de)

oder

Vielfalt Leben QueerWeg
Verein für Jena und Umgebung e.V.
(www.queerweg.de)

Die Spenden sind steuerlich absetzbar!
Weitere Informationen auf den oben
genannten Internetseiten.